



REKTORAT
Kommunikation und Fundraising

Pressesprecherin: Katja Bär
Telefon: 0621 / 181-1013
baer@uni-mannheim.de
www.uni-mannheim.de

Mannheim, 2. November 2015

Presseinformation

Wie weit ist Europas Demokratie? Internationale Konferenz an der Universität Mannheim

Sozialwissenschaftler und Experten aus Politik und Gesellschaft analysieren die Europawahl 2014 und blicken zurück auf 35 Jahre Europawahlen / Konferenz mit Podiumsdiskussion am 6. und 7. November

Wie demokratisch ist die Europäische Union? Sind EU-Wahlen hauptsächlich Protestwahlen? Und welchen Einfluss haben Migration und die Wirtschaftskrisen im Süden Europas auf das Wahlverhalten der Europäerinnen und Europäer? Mit Fragen wie diesen befassen sich am 6. und 7. November Sozialwissenschaftler aus ganz Europa und den USA an der Universität Mannheim. Auch Repräsentanten der EU, der privatwirtschaftlichen Meinungsforschung und der Forschungsförderung nehmen an der Konferenz im Fuchs-Petrolub-Festsaal im Mannheimer Schloss teil. Ausgerichtet wird die Tagung von den Mannheimer Politikwissenschaftlern Professor Dr. Hermann Schmitt und Dr. Sebastian Popa sowie deren Kollegin Professor Sara Hobolt von der London School of Economics.

Am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) hat Hermann Schmitt gemeinsam mit Sebastian Popa die größte akademische Wahlstudie zur Europawahl 2014 koordiniert. In Abstimmung mit Kollegen aus allen EU-Mitgliedsländern haben die Mannheimer Forscher massenhaft Daten zur Wahl erhoben und in monatelanger internationaler Teamarbeit ausgewertet. Kernstück des wissenschaftlichen Kraftakts war eine repräsentative Wählerbefragung in allen 28 EU-Mitgliedsländern. In jedem Land wurden rund 1.100 Wählerinnen und Wähler detailliert zu ihren politischen Einstellungen und ihrem Wahlverhalten befragt, insgesamt also über 30.000 Menschen. „Allein diese zentrale Erhebung birgt schon einen weltweit einzigartigen Datenschatz, der uns ermöglicht das Wahlverhalten der Europäerinnen und Europäer besser zu verstehen“, betont Schmitt. „Alle erhobenen Daten stehen der internationalen Forschungsgemeinschaft kostenfrei zur Verfügung. Wir sind sehr gespannt, die vorläufigen Befunde auf unserer Konferenz vorzustellen und zu diskutieren.“

Nominierung von Spitzenkandidaten machte EU demokratischer

Um die Wählerbefragung herum hatten die Wissenschaftler zudem weitere Forschungsinstrumente in Stellung gebracht, deren Ergebnisse ebenfalls auf der Mannheimer Konferenz vorgestellt werden. So wurden beispielsweise die Wahlkämpfe der erstmals

nominierten Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten genau untersucht, auch in den sozialen Medien. Es zeigte sich, dass die Spitzenkandidaten und die damit verbundene Personalisierung des Wahlkampfes die individuelle Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung tatsächlich erhöhten. „Wer beispielsweise den Kandidaten Martin Schulz in unserer Befragung wiedererkannte, der hatte eine um 37 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen, als der Durchschnitt“, erklärt Hermann Schmitt. In Bezug auf den Kandidaten Jean-Claude Juncker seien ähnliche Werte ermittelt worden. Europa habe mit der Nominierung von Spitzenkandidaten daher einen weiteren kleinen Schritt auf dem Weg zu mehr Demokratie getan, resümiert Schmitt.

2014 war keine reine „Krisen-Wahl“

Ein weiterer Befund der Studie ist, dass sich die Euro-Krise insgesamt weniger dramatisch und weniger direkt auf das Wahlverhalten auswirkte, als im Vorfeld teils vermutet wurde. Hermann Schmitt dazu: „Das Wahlverhalten wurde im Vergleich zu früheren Wahlen keineswegs vollkommen auf den Kopf gestellt. Es handelte sich also nicht um eine reine Protest- oder Krisenwahl, wie vielfach erwartet wurde.“ Dieser Befund gelte allerdings nicht uneingeschränkt für alle Länder. In Spanien beispielsweise hätten die Verluste der etablierten Parteien zu einer bis dahin nicht gekannten Fragmentierung des Parteiensystems geführt. Wieder anders liegt laut Schmitt der Fall in Griechenland: Das Erstarken von Syriza habe weitestgehend schon vor der Europawahl stattgefunden und sei auch nicht allein dem Protest gegen die EU geschuldet. „Vielmehr wissen wir mittlerweile, dass die Syriza-Anhänger nicht grundsätzlich europafeindlich sind. Das unterscheidet sie von anderen Bewegungen, die an der EU praktisch kein gutes Haar lassen“, differenziert Schmitt.

EU-Feinde mit unterschiedlichen Motiven

Das zumindest teilweise Erstarken europakritischer und europafeindlicher Parteien hat laut Schmitt und Kollegen in verschiedenen Teilen Europas verschiedene Ursachen: Während im Süden die Finanz- und Wirtschaftskrise die Euro-Kritiker stärkte, seien beispielsweise in Großbritannien und Frankreich Einwanderungsängste das zentrale Motiv gewesen. Stimmengewinne für den rechtsextremen Front National in Frankreich und die britischen EU-Gegner von UKIP sind laut Hermann Schmitt eindeutig auf die Freizügigkeit innerhalb der EU und damit einhergehende Überfremdungsängste zurückzuführen.

Podiumsdiskussion am 7. November, 16:00 Uhr

Mit einer einzigen Ausnahme liefen die Fäden aller großen Europawahlstudien seit den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 stets in Mannheim zusammen. Die Konferenz dient daher auch der wissenschaftlichen Bestandsaufnahme zu 35 Jahren Europawahlen von 1979 bis 2014. Am Samstag, 7. November, findet von 16 Uhr bis 18 Uhr im Rahmen der Tagung eine Podiumsdiskussion statt: Internationale Wissenschaftler, Vertreter der Europäischen Union und forschungsfördernder Institutionen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) erörtern, welcher wissenschaftliche Beitrag in 35 Jahren Europawahl-Forschung bisher geleistet wurde und wie künftigen Herausforderungen zu begegnen ist.

Hinweis für die Redaktionen:

Vertreter der Medien sind zur Konferenz und zur Podiumsdiskussion herzlich willkommen. Es wird gebeten zu beachten, dass die Veranstaltungen in englischer Sprache abgehalten werden.

Weitere Informationen:

<http://www.mzes.uni-mannheim.de/d7/de/events/final-conference-of-the-european-election-study-2014>

Kontakt:

Prof. Dr. Hermann Schmitt

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)

Universität Mannheim

Telefon: +49-621-181-2881

Telefax: +49-621-181-2845

E-Mail: Hermann.Schmitt@mzes.uni-mannheim.de

<http://www.mzes.uni-mannheim.de/d7/de/profiles/hermann-schmitt>